



MdEP der GUE/NGL im Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments (PECH)



João FERREIRA (PT)
GUE/NGL-Koordinator



Patrick LE HYARIC
(FR)

Nähere Angaben zu dieser Broschüre erhalten Sie von Seyne Torres:
seyne.torres@europarl.europa.eu

Die konföderale Fraktion der GUE/NGL im Europäischen Parlament setzt sich aus 35 MdEP aus 12 EU-Mitgliedstaaten zusammen, die sich für Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie und Menschenrechte in Europa und überall auf der Welt einsetzen.

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Europäisches Parlament
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel
T +32-(0)228-42683
F +32-(0)228-41774

Hergestellt von der Abteilung Veröffentlichungen der GUE/NGL-Fraktion:
GUENGL-Communications@europarl.europa.eu
Fotos: iStockphoto, Europäisches Parlament, Europäische Union, Maritimku, Utne
Design: Dominique Boon
Druck: Dossche Printing
© GUE/NGL – Brüssel 2010
Auf Recyclingpapier gedruckt



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Für eine nachhaltige Fischereipolitik: Die Interessen der Bürger und Küstengemeinden schützen



- Einführung von **Mechanismen für Beihilfen oder Entschädigungsleistungen** für Beschäftigte der Fischereiwirtschaft, die von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen von **Bestandserholungsplänen, mehrjähriger Bewirtschaftung und Maßnahmen zum Schutz von Ökosystemen betroffen sind**;
- **Sicherstellung einer ortsnahen Bewirtschaftung**, bei der die Vielfalt der Flotten, Fanggeräte und Fischereibestände in den einzelnen Ländern und Fanggebieten berücksichtigt wird; Anerkennung der souveränen Rechte der Mitgliedstaaten über ihre Hoheitsgewässer, ausschließlichen Wirtschaftszonen und die dazugehörigen Meeresböden;
- **Beibehaltung der 12-Meilen-Zone als Gebiet ausschließlichen Zugangs** für die nationale Flotte des jeweiligen Mitgliedstaats sowie der Möglichkeit zur Ausweitung auf angrenzende Gebiete entsprechend den Festlandssockeln;
- Gemeinschaftliche Unterstützung für die **Erneuerung und Modernisierung der Fischereiflotten**, insbesondere für die **kleine Küstenfischerei**; Förderung umweltfreundlicher Schiffe und Techniken;
- Sicherstellung der **Nicht-Übertragbarkeit von Fangquoten**, um das Entstehen eines Quotenmarktes in den Mitgliedstaaten zu verhindern, der eine schwerwiegende Behinderung für die traditionelle Fischerei bedeuten würde.

Die Debatte über die Zukunft der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) hat begonnen. Geleitet von ihrer Idee der Privatisierung von Meeresressourcen hat die Europäische Kommission Einzelheiten zu einigen Leitlinien für die Reform verkündet, die bis 2012 durchgeführt werden soll.

Die GUE/NGL hält die Vorschläge der Kommission für eine unzureichende Antwort auf die eigentlichen Probleme des Fischereisektors und tritt für Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft dieses wichtigen Sektors ein.



Reform der GFP – Chancen und Risiken

Ein erster Punkt in der Diskussion um die GFP ist der institutionelle Rahmen, in dem die Debatte und die Beschlussfassung stattfinden. Der Vertrag von Lissabon legt die „ausschließliche Zuständigkeit“ der EU für die „Erhaltung der biologischen Meeresschätze im Rahmen der GFP“ fest. Diese institutionelle Grundlage steht jedoch im Widerspruch zur erforderlichen lokalen Bewirtschaftung, die der Schlüssel zu einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Fischerei ist.

Zweitens versucht die Kommission, das Bewirtschaftungssystem der GFP zu ändern, indem (wenn auch stufenweise) ein auf Fangrechten beruhendes Gemeinschaftssystem eingeführt wird. Dies würde die nicht hinnehmbare Schaffung privater Eigentumsrechte an einem öffentlichen Gut – den Fischereiressourcen – mit sich bringen. Diese Option wurde von der Kommission bereits im Zuge der Reform von 2002 in Betracht gezogen, dann aber fallen gelassen, weil sie im Fischereisektor in mehreren Ländern auf Widerstand traf.

Ein dritter Aspekt ist die Notwendigkeit, faire Einkommen in der Branche sicherzustellen. Dies ist ein zentrales Anliegen, das es zu berücksichtigen gilt, wenn die Fischereipolitik nicht scheitern soll. Mehrere Faktoren sorgen in Bezug auf das Einkommensniveau für Unsicherheit, so zum Beispiel die der Branche eigenen natürlichen Beschränkungen, der Markt und die ungleiche Verteilung des Mehrwerts auf die verschiedenen Glieder der Wertschöpfungskette.



Stoppt die Privatisierung der Meeresressourcen!

Das Hauptziel der Fischereipolitik sollte es sein, innerhalb eines Rahmens, der die Nachhaltigkeit der Ressourcen gewährleistet, die Versorgung der Allgemeinheit mit Fisch, die Entwicklung der Küstengemeinden, den Erhalt und Aufbau von Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen der Beschäftigten in der Fischereiwirtschaft sicherzustellen.

Die GUE/NGL wendet sich entschieden gegen Versuche, Eigentumsrechte an Fischbeständen einzuführen. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Privatisierung der Meere wären katastrophal, da eine Konzentration des Marktes und seine Beherrschung durch Großunternehmen unvermeidlich wären und es keine Garantien für die Bewahrung der Nachhaltigkeit der Bestände gäbe.

Vorschläge der GUE/NGL zum Schutz des Fischereisektors:

→ **Erhöhung der Erstverkaufspreise für Fisch und der Einkommen der Beschäftigten der Fischereiwirtschaft;** Einführung von Mechanismen zur Sicherstellung von garantierten Mindestpreisen und maximalen Gewinnspannen;

